

STAATSANZEIGER

Wochenzeitschrift für Wirtschaft, Politik und Verwaltung in Baden-Württemberg

POLITIK UND VERWALTUNG

STAATSANZEIGER-ARCHIV



Von: Schlüter, Stefanie

Staatsanzeiger: Ausgabe 40/2011

Bundes-FDP kritisiert Pläne zur Endlagersuche

Minister Untersteller wirbt für gestuftes Verfahren

STUTTGART. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist beschlossene Sache. Doch ein Endlager für den radioaktiven Abfall, nach dem bereits seit den 1970er-Jahren gesucht wird, ist bis heute nicht gefunden. Am Wochenende hat der Umweltminister von Baden-Württemberg, Franz Untersteller (Grüne), deshalb ein Papier an die Umweltminister der Länder und des Bundes verschickt, in dem er für ein gestuftes Verfahren zur Endlagersuche wirbt. Kritik erhielt er dafür an diesem Dienstag von der FDP-Bundestagsabgeordneten Judith Skudelny aus Leinfelden-Echterdingen.

„Endlagerung streitfrei stellen“ lautet die Überschrift des Papiers, das das Öko-Institut im Auftrag des Umweltministeriums erstellt hat. Kernpunkt des Papiers ist der Vorschlag, das Suchverfahren in vier Phasen zu gliedern.

In Phase 0 müssten Bundestag und Bundesrat bis Anfang 2012 ein Gesetz verabschieden, das Zeitplan, Ablauf, Finanzierung und Zuständigkeiten bei der Standortsuche für ein Endlager festlegt. In Phase I sollen auf der Basis von geologischen Daten vier mögliche Standortgebiete ausgewählt werden. Diese Phase soll bis 2014 abgeschlossen sein. Die Standorte werden in Phase II untersucht. Ziel ist, dass bis zum Jahr 2020/2021 zwei mögliche Standorte zur Wahl stehen. Phase III beinhaltet dann die untertägige Erkundung dieser beiden Standorte mit dem Ziel, einen als Endlager auszuwählen.

„In jeder Phase werden die Länder beteiligt und die Öffentlichkeit eingebunden“, beschreibt Untersteller den Prozess in einem Schreiben an seine Amtskollegen. Jede Phase solle auch mit einer Entscheidung des Bundestags abgeschlossen werden.

Darüber hinaus schlägt Untersteller vor, bloß Ton- und Salzgesteine als Endlagermedien vorzusehen. Aus Sicherheitsgründen müsse man ein fest verschlossenes Endlager in tieferen geologischen Formationen planen. Der Minister spricht sich gegen die Rückholbarkeit der Abfälle aus. Denn bei einer Rückholbarkeit müssten Endlager beispielsweise bewacht und gegen Diebstahl gesichert werden.

Genau diese will die FDP-Politikerin Skudelny aber auch prüfen: „Wenn es in 30 oder 300 Jahren Technologien gibt, die die Halbwertszeit verkürzen oder Energie aus dem Atom Müll gewinnen, dann sollten Menschen sie auch nutzen können.“ Auch befürwortet sie, den Salzstock in Gorleben weiter zu erkunden. (schl)

[Startseite](#) | [Kontakt](#) | [Impressum](#) | [AGBs](#) | [Datenschutz](#) | [Sitemap](#)